

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Allein in NRW ist in den vergangenen zehn Jahren

... der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter von 71 auf 63 Prozent gesunken,

... der Bruttorealohn um vier Prozent gefallen, obwohl die Produktivität gestiegen ist,

... die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von 65.337 auf 179.183 gestiegen,

... die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit Hartz IV-Leistungen beziehen, auf über 300.000 gestiegen, darunter 63.551 Vollzeitbeschäftigte.

Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Löhne und Gehälter, die für ein gutes Leben reichen, für alle! Durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich können die notwendigen Arbeitsplätze geschaffen werden.

■ Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde! Die Profitrate steigt, die Löhne sinken, das kann nicht angehen. Was in anderen Ländern Europas möglich ist, sollte auch in Deutschland möglich sein.

■ Eine bedarfsdeckende und repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro, die ein gesundes und sozial integriertes Leben ermöglicht. Hartz IV ist Armut per Gesetz und Leiharbeit ist moderne Sklaverei.

„Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich: ‚Wär
ich nicht arm, wärst Du nicht
reich‘.“

Bertolt Brecht



LEIHARBEIT IST MODERNE SKLAVEREI!

Wir brauchen Löhne,
die zum Leben reichen!

Für eine existenzsichernde und
repressionsfreie Grundsicherung!

Fraktion DIE LINKE. im Landtag
von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 884 - 4603
www.linksfraktion-nrw.de

Titelfoto: flickr/d3us, Innenfoto: flickr/IG Metall, Grafiken: Hans-Böckler-Stiftung
Druck: Mediendepot Ruhr (Duisburg) | V.i.S.d.P. Florian Kaiser

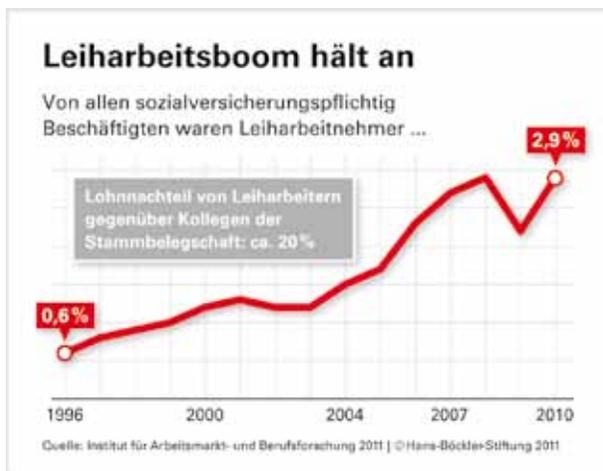


DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

www.linksfraktion-nrw.de

Leiharbeit ist Lohndumping

Die Deregulierungspraxis der verschiedenen Bundesregierungen von SPD und Grünen über die große Koalition bis zur aktuellen CDU/FDP-Regierung hat den Vormarsch der Leiharbeit erst ermöglicht. Heute werden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in vielen Betrieben eingesetzt, um reguläre Beschäftigung zu ersetzen, die Löhne um teilweise mehr als 40 Prozent zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Krise hat gezeigt, dass diese Beschäftigten von den normalen Arbeitnehmerrechten ausgeschlossen sind und die ersten sind, die entlassen werden. Ihre Löhne sind häufig so schlecht, dass sie trotz Erwerbstätigkeit zusätzliche Unterstützung nach Hartz IV beantragen müssen. Während der Anteil dieser so genannten AufstockerInnen unter den regulär Beschäftigten noch knapp unter fünf Prozent liegt, liegt er bei Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern bei über 13 Prozent. Auch als Brücke in einen regulären Job taugt das Instrument Leiharbeit nicht: Nur acht Prozent der verliehenen Menschen werden übernommen.



Unternehmenszentralen nutzen die Leiharbeit, um in Boom-Zeiten die Personalkosten so niedrig wie möglich zu halten und in Krisenzeiten die Kosten für Entlassungen zu sparen. Die Debatte um eine Einschränkung des Kündigungsschutzes ist in den letzten Jahren wesentlich ruhiger geworden, weil die Leiharbeit bereits dieselben Möglichkeiten bietet.

Der derzeitige Aufschwung am Arbeitsmarkt ist überwiegend auf die Einstellung von Leiharbeitskräften zurückzuführen. Allein im Bereich der Metall- und Elektroindustrie sind 43 Prozent der neu eingestellten Beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Anders als die Unternehmen behaupten, geht es dabei nicht darum, „Auftragsspitzen abzufangen“, also in Zeiten außergewöhnlich hohem Auftragsaufkommens die Arbeit irgendwie erledigt zu bekommen, sondern es geht um die Verdrängung der regulären Arbeit.

Hartz IV und Ein-Euro-Jobs müssen weg!

Dieser Boom der Leiharbeit hängt direkt mit der Einführung von Hartz IV zusammen. So hat sich die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter seit der Gesetzeseinführung verdreifacht. Selbst der Chef der drittgrößten Verleihfirma „Manpower“, Jeffrey Joerres, gibt zu: „Wir dürfen ja erst richtig wachsen, seit die Hartz-Reformen das Instrument der Zeitarbeit offiziell für politically correct erklärten.“

Statt von dieser Politik endlich abzuweichen, wird sie mit jeder weiteren Änderung des SGB II verschärft.

DIE LINKE kämpft

DIE LINKE kämpft für Verbesserungen. Leiharbeit ist dabei nur ein besonders schlimmer Auswuchs der zunehmenden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in NRW. Ob befristete Beschäftigungsverhältnisse, unfreiwillige Teilzeitjobs, Scheinselbstständigkeit, so genannte Mini- und Midi-Jobs oder schlecht oder gar nicht bezahlte Praktika: Immer geht es um die grundlegende Umwälzung des Arbeitsmarktes.



Aktionstag der IG Metall „Arbeit – sicher und fair“

ZF Lenksysteme Schwäbisch Gmünd, 23. Februar 2011

Im Landtag NRW hat DIE LINKE zahlreiche Initiativen gestartet, um dieser Umwälzung etwas entgegen zu setzen. So hat die Fraktion zum Beispiel einen Antrag eingebracht, damit bei allen öffentlichen Aufträgen ein Mindestlohn in Höhe von zehn Euro gezahlt wird. Um den gewerkschaftlichen Aktionstag auch im Parlament zu unterstützen, wurde während des Aktionstages am 24. Februar im Plenum ein Ende der Leiharbeit im Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB) gefordert.

Ein Antrag auf Vergütung der bislang unbezahlten Praktika in den Ministerien in NRW hat keine Unterstützung von SPD und Grünen bekommen und ist abgelehnt worden.

Allein im Parlament wird sich die Umwälzung nicht aufhalten lassen, deshalb ist DIE LINKE bei Aktionen vor Ort und in den Betrieben präsent und kämpft für eine Arbeitswelt ohne Ausbeutung.

DIE LINKE fordert:

- Leiharbeit ist moderne Sklaverei. Schluss damit!
- Hartz-IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Für eine repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro!